



## **Somalia – Von Krieg zu noch mehr Krieg?**

**von Dustin Dehéz und Benedikt Franke (ext.)**

Am 24. Dezember bewahrheiteten sich die Prognosen vieler Ostafrikaexperten, die vor einem offenen Krieg zwischen den islamistischen Milizen der Scharia-Gerichte und der in die Enge getriebenen, aber von Äthiopien unterstützten somalischen Übergangsregierung gewarnt hatten. Mit massiven Luftangriffen und einer koordinierten Bodenoffensive bewahrte Äthiopien die international anerkannte Übergangsregierung vor dem drohenden Kollaps. Obwohl die geschwächten Milizen im nachfolgenden Gegenangriff sogar aus der Hauptstadt Mogadischu vertrieben werden konnten, ist ein schnelles Ende der Kampfhandlungen wohl noch nicht in Sicht. Im Gegenteil, der Stellvertretercharakter des Konfliktes droht, das krisengeschüttelte Horn von Afrika weiter zu destabilisieren und damit den brüchigen Frieden zwischen Äthiopien und Eritrea zu untergraben. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Optionen die internationale Gemeinschaft und – im Hinblick auf den bevorstehenden G-8 Vorsitz und die EU-Ratspräsidentschaft – vor allem auch die Bundesrepublik Deutschland haben, um eine weitere Eskalation der Gewalt in Somalia und damit einen möglichen erneuten Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea zu vermeiden.

### Inhalt

<b>1. Somalias Rückkehr auf die internationale Agenda</b>	<b>Seite 2</b>
<b>2. Zerfallender Staat – neue Machtzentren</b>	<b>Seite 3</b>
<b>3. Schlussfolgerungen und Empfehlungen</b>	<b>Seite 5</b>
<b>4. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung</b>	<b>Seite 7</b>

## 1. Somalias Rückkehr auf die internationale Agenda

Seit dem Rückzug der letzten VN-Blauhelme im Jahr 1995 hatte das internationale Interesse am zerfallenden Staat Somalia stetig abgenommen. Das Land wurde zwar stets von Akademikern als klassische Fallstudie eines so genannten „Failed State“ herangezogen, von der allgemeinen Öffentlichkeit aber weitestgehend ignoriert und auch vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nur nachrangig behandelt. Anfang des Jahres 2006 jedoch rückte Somalia wieder verstärkt ins Zentrum internationaler Aufmerksamkeit. Die Eroberung Mogadischus und weiter Teile Süd-Somalias durch radikalisierte islamistische Milizen unter der Führung Sheik Sharif Sheik Ahmends und dessen Koalition Islamischer Gerichte schürte Ängste eines regionalen Flächenbrandes, da die wachsende militärische Stärke der Milizen nicht nur die Übergangsregierung, sondern auch die Nachbarstaaten, die die Übergangsregierung stützen, unter Druck setzte. Gleichzeitig wuchs international die Besorgnis, das rechtlose Land könnte zu einem zweiten Afghanistan und damit zu einem sicheren Rückzugsgebiet für international agierende terroristische Gruppierungen werden.

Am 29. November reagierte der VN Sicherheitsrat unter Führung der USA auf die Lage in Somalia und forderte die Übergangsregierung und die Islamisten zu Verhandlungen auf. Am 6. Dezember hob der Rat dann das seit 1992 bestehende Waffenembargo gegen Somalia teilweise auf, um die Verlegung einer Friedenstruppe der ostafrikanischen Regionalorganisation IGAD (Intergovernmental Authority on Development)<sup>1</sup> in das Land zu ermöglichen. Diese sollte die Sicherheit der international anerkannten Übergangsregierung gewährleisten, die bisher vor allem durch die Präsenz äthiopischer Truppen in ihrem vorläufigen Sitz Baidoa vor dem Kollaps bewahrt wurde.

Die Islamisten reagierten auf die Autorisierung der Friedensmission der IGAD mit einem Ultimatum an die äthiopischen Truppen, das Land innerhalb einer Woche zu verlassen, und begannen gleichzeitig den Sitz der Regierung einzukreisen, wobei es bereits zu schweren Gefechten zwischen beiden Seiten kam. Am Weihnachtstag 2006 verkündete der äthiopische Premierminister Meles Zenawi offiziell die militärische Intervention seines Landes in Somalia. Mit der Ankündigung der Islamisten, den Krieg in die vor allem von Somalis bewohnte äthiopische Provinz Ogaden auszuweiten, hatten diese den Bogen offenbar überspannt. Die äthiopische Militäroffensive zwang die Islamisten an allen Fronten zum Rückzug. Am 28.12.2006 eroberten die Truppen der Übergangsregierung mit Unterstützung der äthiopischen Armee die Hauptstadt Mogadischu. Zwischenzeitlich war der Widerstand der Islamisten weitgehend zusammengebrochen, mit ihren verbleibenden Milizen zogen sich die Islamisten in die südliche Hafenstadt Kismayo zurück, wo es zu den letzten Kämpfen zwischen den Konfliktparteien kam.

---

<sup>1</sup> Der IGAD gehören Uganda, Kenia, Somalia, Djibouti, Eritrea, Äthiopien und der Sudan an.

Obwohl der äthiopische Militärschlag der Übergangsregierung zumindest vorübergehend Luft verschafft, sind entscheidende Fragen noch offen. So sind, erstens, die militärischen Ziele Äthiopiens völlig unbekannt. Will Addis Abeba die Islamisten komplett aufreiben oder lediglich an den Verhandlungstisch zwingen? Schon einmal hatte Äthiopien militärisch in Somalia interveniert: 1997 zerschlug die regionale Hegemonialmacht die somalisch-islamistische Organisation Al-Ittihad Al-Islamiyya, die damals über Verbindungen zur Al-Qaida verfügte. Doch das Wiedererstarken der Islamisten in den letzten Jahren macht deutlich, dass die militärischen Erfolge Äthiopiens die Situation mittelfristig nicht beruhigen konnten. Rein militärisch lassen sich die Islamisten nur schwächen, aber kaum endgültig schlagen, vor allem wenn sie ihren militärischen Schwerpunkt vom offenen Schlagabtausch verstärkt auf den Guerillakampf verlegen. Zweitens stellt sich die Frage, ob Äthiopien mit seinen Truppen die Entwaffnung von Klan-Milizen unterstützt wird und damit eine der Aufgaben der geplanten IGAD-Friedensmission übernimmt. Drittens ist unbekannt, welchen Anteil die Milizen der Übergangsregierung an dem militärischen Erfolg hatten. Könnten diese auch nach einem äthiopischen Rückzug den versprengten islamistischen bzw. Klan-Milizen standhalten?

Darüber hinaus hat die Debatte um die Mission und das äthiopische Eingreifen zu einer tiefen Spaltung der IGAD geführt. Die arabischen Mitgliedsstaaten – Sudan und Djibouti – sowie Eritrea lehnen die Mission ab, die afrikanischen Staaten – Kenia, Uganda und Äthiopien – hatten sie eigentlich befürwortet. Diese Spaltung könnte die Bemühungen um eine Vertiefung der IGAD zu einer regionalen Sicherheitsorganisation langfristig lähmen und macht die Verlegung der Friedenstruppe, wie sie vom Sicherheitsrat autorisiert wurde, auf mittlere Sicht unwahrscheinlich.

## **2. Zerfallender Staat – neue Machtzentren**

Gegenwärtig dominieren drei Machtzentren die politische Szene des zerfallenen Landes:

1. Die Übergangsregierung (Transitional Federal Government). Sie wurde zwischen 2002 und 2004 in Kenia unter der Ägide der IGAD in erster Linie aus Kriegsherren (Warlords) gebildet. Im Juli 2005 verlegte die Übergangsregierung auf Druck der kenianischen Regierung ihren Sitz von Nairobi nach Somalia, zunächst nach Jowhar, dann nach Baidoa. Eine Rückkehr nach Mogadischu galt wegen der schwierigen Sicherheitslage in der Stadt zunächst als ausgeschlossen. Der Präsident der Übergangsregierung, Abdullahi Yusuf, verlangte schon bei der Rückkehr nach Somalia, dass eine begleitende Friedensmission von 20.000 Soldaten entsandt werden sollte, entweder von der IGAD oder der Afrikanischen Union. Zwar erklärten sich Uganda und Äthiopien bereit, Truppen zu stellen, allerdings war der mögliche Einsatz von Beginn an umstritten. Erstens gilt Äthiopien vielen Somalis seit dem Ogaden-Krieg 1977/78 als Erzfeind, zweitens gilt Yusuf wegen seiner Forderung nach afrikanischen Truppen als äthiopische

Marionette. Gleichzeitig hatten die Nachbarstaaten Zweifel am Sinn einer Friedensmission vorgebracht, da die Übergangsregierung vor allem aus Kriegsherren gebildet wurde, die als eigentliche militärische Machthaber im Land keiner zusätzlichen Unterstützung bedurft hätten.

Da es der Übergangsregierung in anderthalb Jahren nicht gelang, eine funktionierende Administration, eine integrierte Armee und eine zivile Infrastruktur aufzubauen, geschweige denn die Kontrolle über Baidoa hinaus auszuweiten, hatte sie sich ohne äußere Hilfe kaum halten können. Tatsächlich ist sie nur durch das entschiedene äthiopische Eingreifen vor dem Kollaps bewahren worden.

2. Die Islamisten sind als ernsthafter Akteur erst seit Anfang des Jahres 2006 in Erscheinung getreten. Zwar wächst ihr Einfluss im Alltag des Landes schon länger, allerdings gelang ihnen erst nach dem Aufbau so genannter Scharia-Gerichte ein klarer Bedeutungszuwachs. In einem Land, wo seit mehr als zehn Jahren keinerlei Gesetze mehr gelten, ist die Einführung der Scharia-Gerichtsbarkeit und die damit einhergehende Beruhigung der Sicherheitslage ein nicht unerheblicher Schritt, der zur Popularität der Islamisten beigetragen hat. Die Islamisten der verschiedenen Scharia-Gerichte hatten seit längerem eigene Milizen aufgestellt und sie innerhalb Mogadischus im Kampf gegen die von den USA unterstützten Kriegsherren vereint. Diese Milizen haben seit der Machtübernahme in Mogadischu immer mehr Landesteile erobert und kontrollierten an Weihnachten 2006 fast den gesamten Süden Somalias, ausschließlich der Stadt Baidoa. Innen- und gesellschaftspolitisch griffen sie ebenfalls durch: Offiziell wurde die Verschleierung in Mogadischu zur Pflicht erklärt, Fernsehübertragungen wurden eingeschränkt oder verboten – so etwa während der Fußballmeisterschaft. Auch das Kauen der Blattdroge Khat, deren Konsum in Somalia weit verbreitet ist, wurde untersagt. Gleichzeitig hatten die Islamisten eine organisatorische Struktur etabliert – den Obersten Regierungsrat der islamischen Scharia-Gerichte – und einen oberen Regierungsrat (Shura) geschaffen, der von Hassan Dahir Aweys geführt wurde, dem die Vereinigten Staaten Kontakte zur Al-Qaida nachsagen. Noch ist allerdings unklar, wie geschwächt sie aus den Kampfhandlungen mit Äthiopien hervorgehen und ob sie einen Guerilla-Krieg gegen die Regierung beginnen werden.
3. Der nordwestliche de facto Staat Somaliland ist zwar international (noch) nicht anerkannt, hat aber seit der Proklamation der Unabhängigkeit im Mai 1991 eine eindrucksvolle Transformation durchgemacht. Das Land, das im Gegensatz zu Süd-Somalia keine italienische Kolonie war, sondern britisches Protektorat, hat eine eigene Verfassung, einen demokratisch gewählten Präsidenten und seit September 2005 ein demokratisch gewähltes parlamentarisches Zweikammernsystem. Die Regierung konnte alle Milizen bereits kurz nach Verkündung der Unabhängigkeit demobilisieren und in eine eigene Armee integrieren. Hargeisa, die Hauptstadt des Landes, galt lange als sicherste Stadt Afrikas. Insbesondere in

Großbritannien und den Vereinigten Staaten werden Stimmen lauter, die die Anerkennung des Landes fordern. Somaliland hat einen Mitgliedschaftsantrag bei der Afrikanischen Union gestellt, der, sollte er angenommen werden, den Weg zu internationaler Anerkennung ebnen würde. Die Angaben der Übergangsregierung, wonach diese mittlerweile 95% des Landes kontrolliere, beziehen sich ausschließlich auf den Süden des Landes. Somaliland selbst war zu keinem Zeitpunkt in die Kämpfe verwickelt. Da das Land über gute Beziehungen zu Äthiopien verfügt, ist zu hoffen, dass Äthiopien sich als Mediator in die somalisch-somalilandischen Beziehungen einschaltet und bei der somalischen Übergangsregierung auf eine Anerkennung des nördlichen Nachbarn drängt.

### **3. Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

Mit der Autorisierung der Friedensmission und der daran geknüpften Bedingung, dass sich die Nachbarstaaten, also insbesondere Äthiopien, nicht an der Truppe beteiligen dürften, hat der Sicherheitsrat paradoxerweise auch sichergestellt, dass die Mission niemals verlegt werden kann. Denn bisher waren nur Äthiopien als Führungsmacht und Uganda als zweiter Truppensteller bereit, signifikante Truppenkontingente zu stellen. Nach dem Ausschluss Äthiopiens als Führungsnation des Einsatzes ist auch Uganda von dem Einsatz abgerückt. Da auch Djibouti und Kenia an Somalia grenzen, könnten theoretisch nur der Sudan und Eritrea als IGAD-Staaten Truppen stellen. Beide lehnen die Mission aber grundsätzlich ab und unterstützen die Islamisten. Andere afrikanische Staaten sind aber ebenso wenig bereit, ein entsprechendes Mandat zu übernehmen. Diese Entscheidung des Sicherheitsrates hat vermutlich Äthiopien darin bestärkt, unilateral einzugreifen und nicht auf eine Friedenstruppe zu warten.

Da die Scharia-Gerichte ihrerseits Unterstützung durch Eritrea erhalten, wohnt dem Konflikt Sprengkraft für die gesamte Region inne. Nach Angaben der Vereinten Nationen hat Eritrea mehr als 2.000 Soldaten in Somalia stationiert. Unter den gefangengenommenen Islamisten befinden sich nach Angaben der Übergangsregierung auch eritreische Soldaten. Der Krieg kann auch zu einer Eskalation des Grenzkonflikts zwischen Äthiopien und Eritrea führen. Deutschland beteiligt sich an der VN Beobachtermission, die seit dem Jahr 2000 versucht, die Grenze zwischen Eritrea und Äthiopien zu sichern und eine Wiederauflage des blutigen Grenzkrieges von 1998-2000 zu verhindern. Auf internationaler Ebene hatte Äthiopien sich der Unterstützung der Vereinigten Staaten versichert, die in Somalia eine neue Front im Krieg gegen den Terror befürchten. Dafür spricht, dass die Islamisten Unterstützung aus Libyen, Saudi-Arabien und dem Iran erhielten und weiterhin erhalten.

Die internationale Gemeinschaft hat bisher den schwächsten und am wenigsten legitimierten Akteur in Somalia am deutlichsten gestützt: die Übergangsregierung von Abdullahi Yusuf. Vor diesem Hintergrund sollte die internationale Gemeinschaft ihre Optionen kritisch evaluieren, insbesondere da die Bundesregierung bereits

signalisiert hat, im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Konflikt vermitteln zu wollen.

Drei Eckpunkte einer Strategie für Somalia ließen sich relativ problemlos umsetzen und könnten zu einer Stabilisierung der Lage führen. Dabei müssen allerdings auch Grundsatzentscheidungen getroffen werden:

1. Statt das Waffenembargo teilweise aufzuheben, sollte die internationale Gemeinschaft das Embargo entschlossen durchsetzen. Seit Inkrafttreten 1992 wurde es kontinuierlich unterlaufen, woran auch die Präsenz der Combined Joint Task Force Horn of Africa, an der sich auch die deutsche Marine beteiligt, nichts geändert hat. Eine Ausweitung des Mandats zur effektiveren Überwachung des Embargos würde langfristig die Kosten der Kriegsführung für die Konfliktparteien erhöhen und die Bereitschaft zu Verhandlungen zwischen den Parteien fördern.
2. Die internationale Gemeinschaft sollte darüber hinaus eine Strategie für den Umgang mit dem de facto selbstständigen Somaliland finden. Da das Referendum über die Unabhängigkeit Südsudans für 2011 ohnehin die Frage nach der territorialen Struktur der Staaten am Horn von Afrika aufwirft, ist die Anerkennung des Staates eine ernsthafte Option. Die Anerkennung würde nicht dem Prinzip der Unantastbarkeit der kolonialen Grenzen zuwiderlaufen, da Somaliland bereits britische Kolonie war. Darüber hinaus besteht fast sechzehn Jahre nach Proklamation der Unabhängigkeit kaum eine Alternative zur Anerkennung.
3. Von zentraler Bedeutung für die Lösung des Konflikts in Somalia ist die Beilegung des Grenzkonflikts zwischen Eritrea und Äthiopien. Nur wenn dieser Konflikt beigelegt wird, kann ein Stellvertreterkrieg in Somalia verhindert werden, der die ganze Region mit sich reißen könnte. Die Bundesrepublik, die sich mit zwei Beobachtern an der UNO-Mission zur Beilegung des Grenzkonflikts beteiligt, könnte hier eine deutlich aktivere Rolle spielen.

Diese Eckpunkte sind allerdings keine Alternative zur Entsendung einer Friedenstruppe, sie sind vielmehr – so besonders die endgültige Klärung der Statusfrage Somalilands – wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg jeder Friedensmission, die in das Land entsandt wird. Die Bundesregierung, die im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft auch in der Somalia-Kontaktgruppe sitzen wird<sup>2</sup>, sollte ihren Einfluss auf die Arabische Liga und die IGAD nutzen, um Gespräche zwischen den Konfliktparteien zu initiieren. Diplomatisch wäre schon viel gewonnen, wenn Berlin die Regierungen der Region wieder an einen Tisch bekäme.

---

<sup>2</sup> Der Somalia-Kontaktgruppe gehören die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweden, Tanzania, und die Europäische Union an.

**Dustin Dehéz** ist Direktor für Nordostafrika-Studien am Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS) und Mitglied im Arbeitskreis junger Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.

**Benedikt Franke** ist Doktorand an der Universität von Cambridge und Mitglied im Arbeitskreis junger Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.

**Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Hauptabteilung Politik und Beratung:**

Dr. Karl-Heinz Kamp  
Kordinator Sicherheitspolitik  
Klingelhöferstr. 23  
10907 Berlin  
E-Mail: [karl-heinz.kamp@kas.de](mailto:karl-heinz.kamp@kas.de)  
Telefon +49 (0) 30 / 2 69 96-35 10